

Die Staatsverschuldung Bremens

Geschichte und Ursachen der Überschuldung der Gebietskörperschaften des Landes Bremen

Vortrag von Hans-Rainer Dietrich anlässlich der Sitzung der AG Wirtschaft und Finanzen Bremen vom 06. 06. 2012

Vorbemerkung

Bitte gestatten Sie mir vor dem Einstieg in unser eigentliches Thema einige Vorbemerkung zu den Materialien, also der Datengrundlage, auf denen der Vortrag basiert.

Viele Daten stammen aus gedruckten Veröffentlichungen des statistischen Landesamtes Bremen, aber auch von anderen amtlichen Institutionen des Bundes und der Länder, so z. B. des BfLR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung). Die Veröffentlichungen stammen aus den verschiedensten Jahren. Die Angaben aus diesen Veröffentlichungen werden teilweise zu zeitlich langen Reihen zusammengefasst.

Dabei ist zu beachten, dass in verschiedenen Veröffentlichungen auch desselben Herausgebers Statistiken mit demselben Titel im Laufe der Zeit häufig anders zusammengefasst werden. Ferner wechseln im Laufe der Zeit die Definition der Begriffe, die Bezugsgrößen (z.B. bei der Bevölkerungsfortschreibung der Bezug auf die jeweils aktuelle Volkszählung), die Raumabgrenzungen, die Methoden und der Umfang der Erhebung usw. Manchmal brechen Reihen auch einfach ab, oder ich konnte beim besten Willen keine Daten dazu finden.

In keinem Falle hatte ich Zugang zum „Urmaterial“, sondern ich musste mich stets auf schon aufbereitete Statistiken beziehen. Meist erschien es mir aber vertretbar, die Daten doch in eine Reihe zu stellen, weil es mehr auf den grundsätzlichen Verlauf oder die vergleichbare Höhe ankommt als auf den jeweils aktuellen absoluten Wert.

Wenn es sich um Geldgrößen handelt, so werden jeweils die aktuellen Werte genommen und soweit erforderlich in Euro mit dem offiziellen Umtauschkurs von 1 Euro zu 1,95583 DM umgerechnet. Gerade die Geldbeträge müssten eigentlich „deflationiert“ werden, d. h., die Geldentwertung müsste eingerechnet werden. Das geht aber nicht, da die Inflationsrate für verschiedene Warengruppen sich ganz unterschiedlich entwickelt hat – also z.B. für Nahrungsmittel anders als für Stahl und Eisen und anders als für Bauwerke, für Transporte usw., die natürlich auch alle ins BIP, das Bruttoinlandsprodukt, und andere volkswirtschaftliche Größen eingehen. Auf lange Fristen setzt sich das BIP außerdem auch völlig anders zusammen.

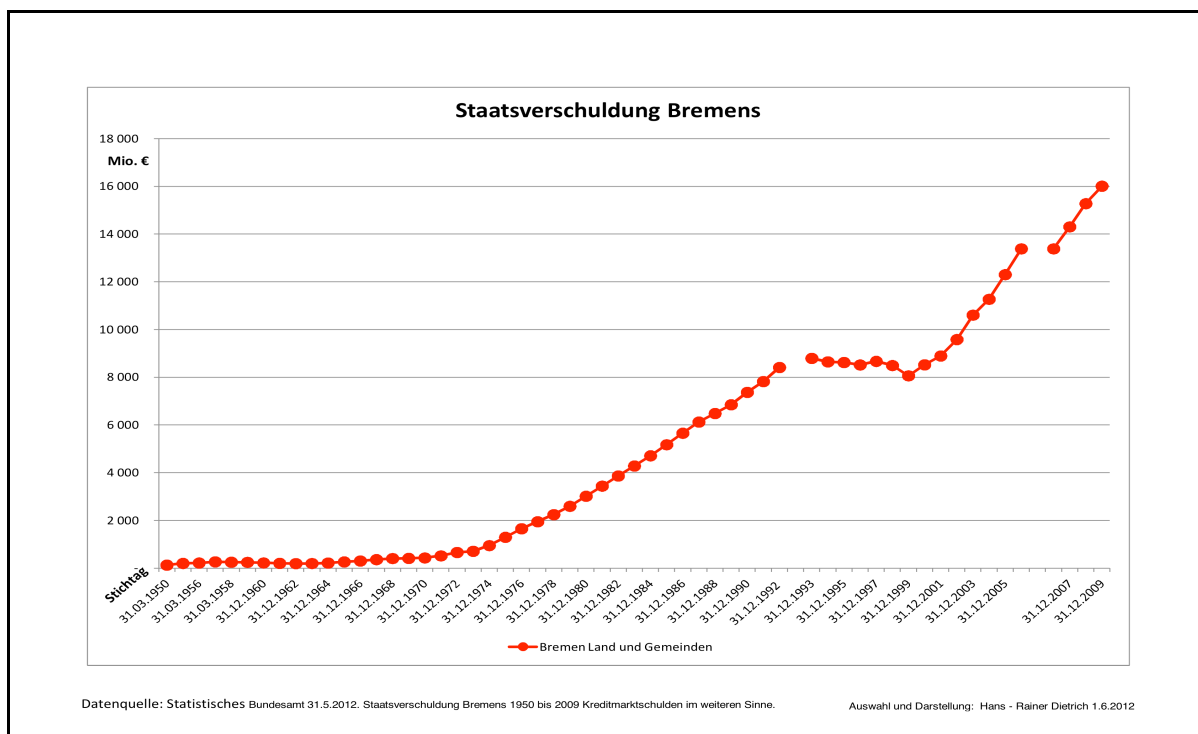
Das gilt gleichermaßen für den Warenkorb der Verbraucher, sodass die Inflationsrate alle fünf Jahre auf einen aktualisierten Warenkorb hin berechnet wird: Auto und Urlaub etwa spielten Anfang der 50er Jahre noch keine große Rolle in den Ausgaben eines Durchschnittshaushaltes, und solche Kosten wie die für Anschaffung und Betrieb eines Computers waren gar nicht vorhanden. Dagegen nahmen damals Lebensmittel im Budget eines Privathaushaltes eine viel größere Rolle ein als heute. Und die Preisveränderungen innerhalb bestimmter Warengruppen beeinflussen die Inflationsrate ja auch mit dem Gewicht, mit dem sie als Anteil in den Warenkorb eingehen.

Wenn in den folgenden Ausführungen also Euro-Werte für lange zurückliegende Jahre aufgeführt werden, behalten Sie bitte im Hinterkopf, dass diese Beträge heute weit weniger Wert haben als die gleichen Beträge in DM damals.

Und nun zur Sache.

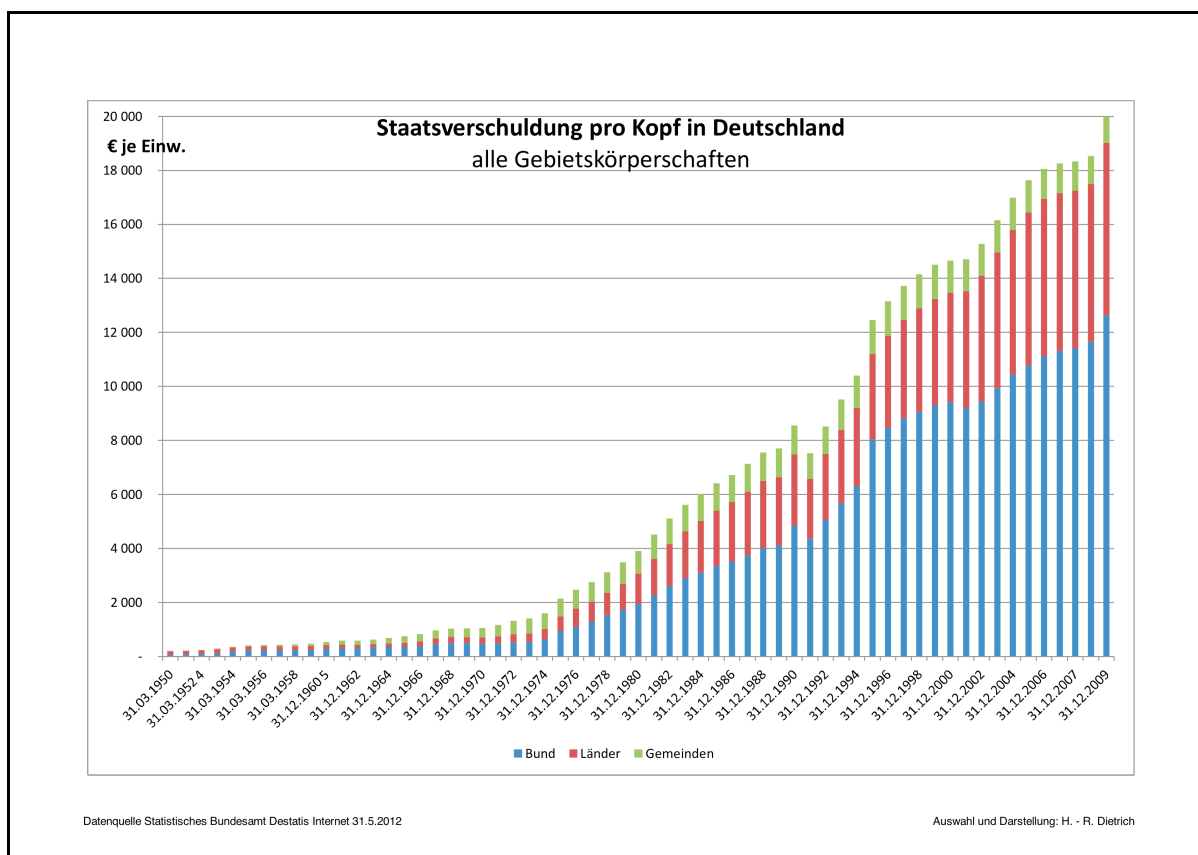
1.) Verschuldung

Die Verschuldung Bremens steigt, wie die folgende Abbildung zeigt, seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts fast kontinuierlich.

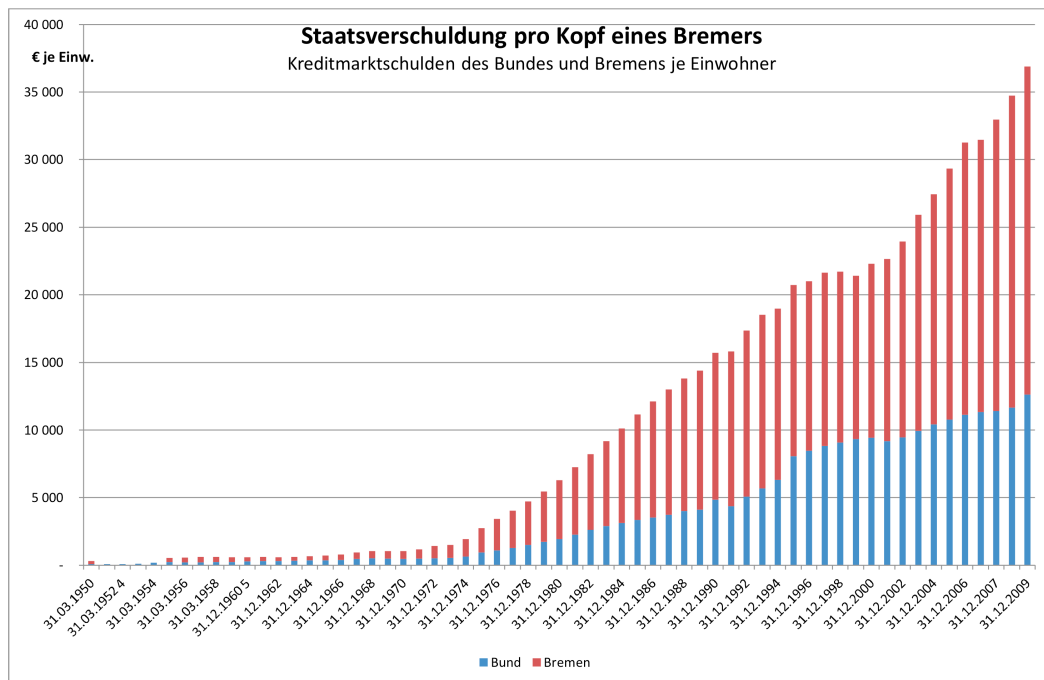


Das gilt insgesamt auch für den Bund und die Länder – nicht unbedingt für die Gemeinden, aber in der Summe letztlich auch dort.

Wirklich vergleichbar werden die Werte nur, wenn man sie auf die Bevölkerung oder auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bezieht. Dabei zeigt sich, dass die Bremer eine fast doppelt so hohe Staatsverschuldung pro Kopf zu tragen haben als der Durchschnitt der Bundesbürger:



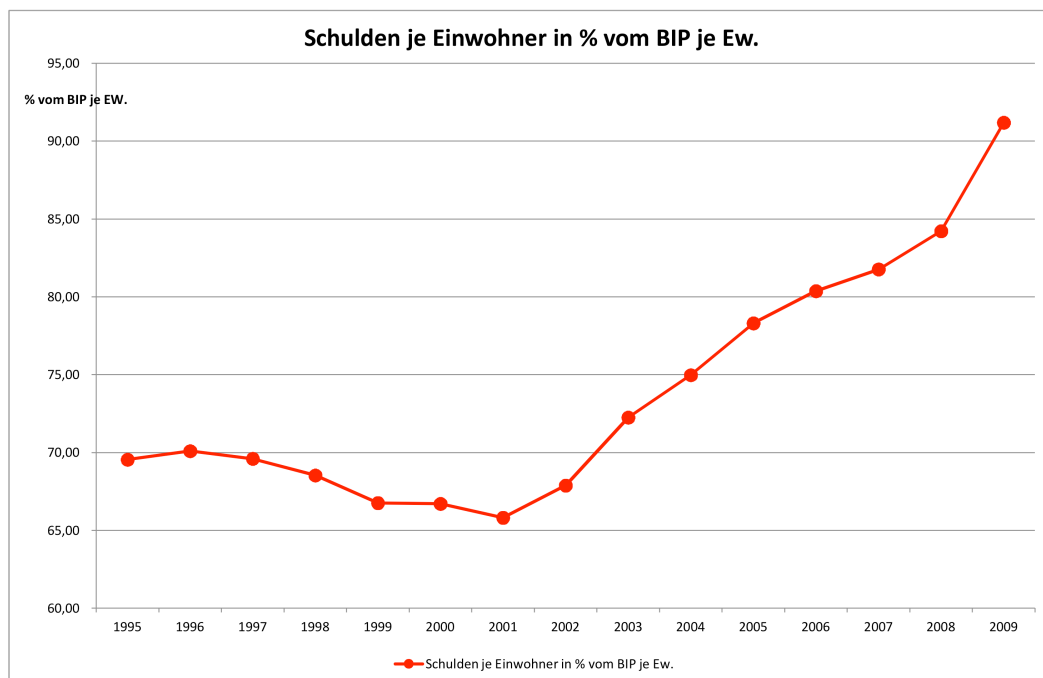
Die Schuldenlast, die die Bremer pro Kopf für ihr Land und die Stadtgemeinden tragen, ist auch höher als die, die sie für den Bund aufgebürdet bekommen haben:



Datenquelle Statistisches Bundesamt Destatis, Internet 31.5.2012, Fachserie 14,

Auswahl und Darstellung : H. - R. Dietrich 1.6.2012

Der Anstieg ist nicht nur absolut hoch, sondern auch im Verhältnis zum BIP je Einwohner Bremens:



Datenquelle Statistisches Bundesamt, Destatis, Fachreihen 14 und 18, Internet 1.6.2012

Auswahl, Darstellung und eigene Berechnung: H. - Rainer Dietrich 1.6.2012

2.) Schuldtragfähigkeit

Hier werden pars pro toto nur die Statistiken der Schulden der öffentlichen Hände am Kreditmarkt dargestellt. Es gibt allerdings noch viele weitere Verpflichtungen, die wie Schulden wirken. Dazu gehören etwa die Pensionen der Beamten, die Erblastfonds für privatisierte Bereiche wie Post, Bahn, Ruhrkohle, die Deutsche Einheit usw., aber auch langfristige Mietverträge oder Zahlungsverpflichtungen aus der Public Private Partnership (Abk.: PPP; private Unternehmungen mit öffentlicher Beteiligung).

Gleichzeitig wurde im Laufe der Zeit die Grundlage der an die Gemeinden vergebenen Kredite, also die gebaute Infrastruktur wie etwa Kanalisation, Wasserleitungen, Stadtwerke usw., privatisiert, ohne dass entsprechend die Schulden zurückgefahren wurden. Das Verhältnis von Sachwerten zu Kommunalschulden verschlechterte sich entsprechend erheblich: Den Schulden stehen zunehmend immer weniger Sachwerte gegenüber.

Immer mehr sind vielmehr allein die Steuern und Abgaben der Bürger die Grundlage der Schulden. Die Unternehmen der privatisierten Infrastruktur nehmen ihrerseits Kredite auf, wollen Gewinne erwirtschaften. Dadurch verteuern sich die damit im Zusammenhang stehenden Leistungen für die Bürger, auch wenn es eine generelle Preisaufsicht bei Quasi-Monopolen gibt, wie beispielsweise den leistungsgebundenen Ver- und Entsorgungsbetrieben.

Die jüngst übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der Banken- und Eurorettung sind in diesen Schulden ebenfalls nicht enthalten.

Weiterhin kommen für die Bürger Zahlungen für öffentliche Subventionen hinzu, wie etwa die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz.

Und die Bürger haben häufig auch eigene, ganz private Schulden, die sie bedienen müssen. Gerade in Bremen gibt es viele überschuldete Haushalte, egal wie sie in diese Lage gekommen sind. Über Zinszahlungen via Steuern und Bedienung ihrer privaten Schulden zahlen die Bremer einen nicht geringen Anteil ihres Einkommens an die Gläubiger der Staatsschulden und ihrer Privatkredite.

Es stellt sich somit die Frage nach der **Schuldtragfähigkeit** der Bürger und des Staates generell in der Bundesrepublik und speziell in Bremen.

Für die privaten Haushalte ergibt sich die Frage: Wie viel kann für Zinsen gezahlt werden, wenn die grundlegenden Ausgaben getätigt sind – also die für Lebensmittel, Wohnen, Hygiene, Gesundheit, Kommunikation, Bildung, Erziehung?

Dafür gibt es mindestens zwei verschiedene Maßstäbe:

1. den nicht pfändbaren Anteil von Einkommen und Besitz und
2. das Mindesteinkommen, das jedem Haushalt in Deutschland nach den Regeln der Hartz-IV-Gesetzgebung und dem Sozialgesetzbuch zusteht.

Zugegeben: Nach Erklärung und Aushandlung einer Privatinsolvenz kann ein Privathaushalt, wenn er sich an die ausgehandelten Bedingungen gehalten hat, wieder mit dem Anschätzen von Eigentum beginnen.

Für normale Einkommensbezieher ist es dagegen nicht ungewöhnlich, dass sie sich z. B. für einen Wohnungs- oder Hauserwerb dauerhaft verschulden, und zwar in der Regel mit einem Vielfachen ihres Jahreseinkommens. Bei Durchschnittsverdienern geht man heute davon aus, dass sie ein Drittel ihres Einkommens für Hypothekenkredite tragen können, wenn dafür Mietzahlungen wegfallen. Bei unterdurchschnittlichen Einkommen ist der Prozentsatz der Schuldtragfähigkeit selbstredend entsprechend geringer.

Bei einem durchschnittlichen Einkommen von 21.000 Euro netto pro Jahr, einem Hypothekenzinssatz von 5% und einer Anfangstilgung von 2% ergibt sich eine Schuldtragfähigkeit für diesen Haushalt, wenn er ein Drittel seines Einkommens für den Schuldendienst aufwendet, für Zinsen auf einen Kre-

dit von 84.000 Euro, also dem Vierfachen seines Jahreseinkommens. Bei niedriger angesetzten Zinsen wäre der Ansatz entsprechend höher.

Wenn in Deutschland nun ein großer Teil der Daseinsgrundfunktionen, also z. B. Bildung, durch den Staat gezahlt wird und man sich dafür nicht wie in anderen Ländern privat verschulden muss (allerdings wird bei uns inzwischen Bafög auch teilweise als Kredit vergeben), warum sollte der Bürger dann nicht für diese öffentlichen Güter mit einem durchschnittlichen Monats- oder gar Jahreseinkommen verschuldet sein?

Eine Zustimmung zu dieser Überlegung setzt allerdings voraus, dass die Kreditaufnahme tatsächlich für Investitionen getätigt wird, die entweder Kosten einsparen – z. B. Mieten – oder die künftigen Einnahmen erhöhen, z. B. durch Investitionen in Bildung. Inwieweit die kreditfinanzierten öffentlichen Ausgaben diesen Voraussetzungen genügen, werde ich weiter unten betrachten.

Für das Land Bremen und seine Gebietskörperschaften lautet die Frage entsprechend: Wie viel bleibt von den Einnahmen für Zinszahlungen übrig, nachdem die grundlegenden Staatsausgaben erfüllt wurden?

Kann jeder Bremer Bürger dieselbe Schuldenlast tragen?

Die Anhäufung von privaten und öffentlichen Schulden in Bremen wäre in der Tat unproblematisch – falls Schulden und Guthaben (Vermögen) in der Bevölkerung einigermaßen gleichmäßig verteilt wären. Dann nämlich stünden die Zahlungsverpflichtungen für die Schulden auf der einen Seite den (Zins)-Einnahmen für Guthaben und Vermögen auf der anderen Seite einander gegenüber. Das aber ist *nicht* der Fall.

Im Armut- und Reichtumsbericht des Bremer Senats aus dem Jahr 2009 wird auf die Schufa und die Steuerstatistik Bezug genommen, die unabhängig voneinander feststellen, dass sich die Einkommen und Vermögen in Bremen auseinander entwickeln: Der verschärften Verschuldungssituation in den unteren Einkommensschichten stehen vermehrt höhere Einkommen gegenüber (siehe dazu: Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009 Drucksache 17/851 an die Bremische Bürgerschaft, Landtag, 17. Wahlperiode: „Lebenslagen in Bremen“ S. 50 ff. In der dargestellten Zeitperiode nahmen die Vermögenseinkommen rapide zu, während die Arbeitseinkommen stagnierten und auch die Transfereinkommen zunahmen.).

Im *Durchschnitt* ergibt sich zwar, dass Bremen kein armes Land ist und die Bremer Haushalte keineswegs ein geringes Einkommen pro Monat im Vergleich mit anderen Städten und Regionen haben:

Abfrage4 24.05.2012

Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Haushaltseinkommen ▲
			2007
1101	Berlin	ROR	1278,5
0506	Dortmund	ROR	1420,5
0310	Oldenburg	ROR	1439,4
0303	Bremerhaven	ROR	1442,9
0507	Duisburg/Essen	ROR	1480,5
1001	Saar	ROR	1509,2
0307	Hannover	ROR	1533,2
0302	Bremen-Umland	ROR	1557,8
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	1630,8
0510	Köln	ROR	1659,4
0604	Rhein-Main	ROR	1659,7
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	1666,6
0508	Düsseldorf	ROR	1758,8
0401	Bremen	ROR	1761,9
0810	Stuttgart	ROR	1793,4
0910	München	ROR	1873,5
0201	Hamburg	ROR	1947,2

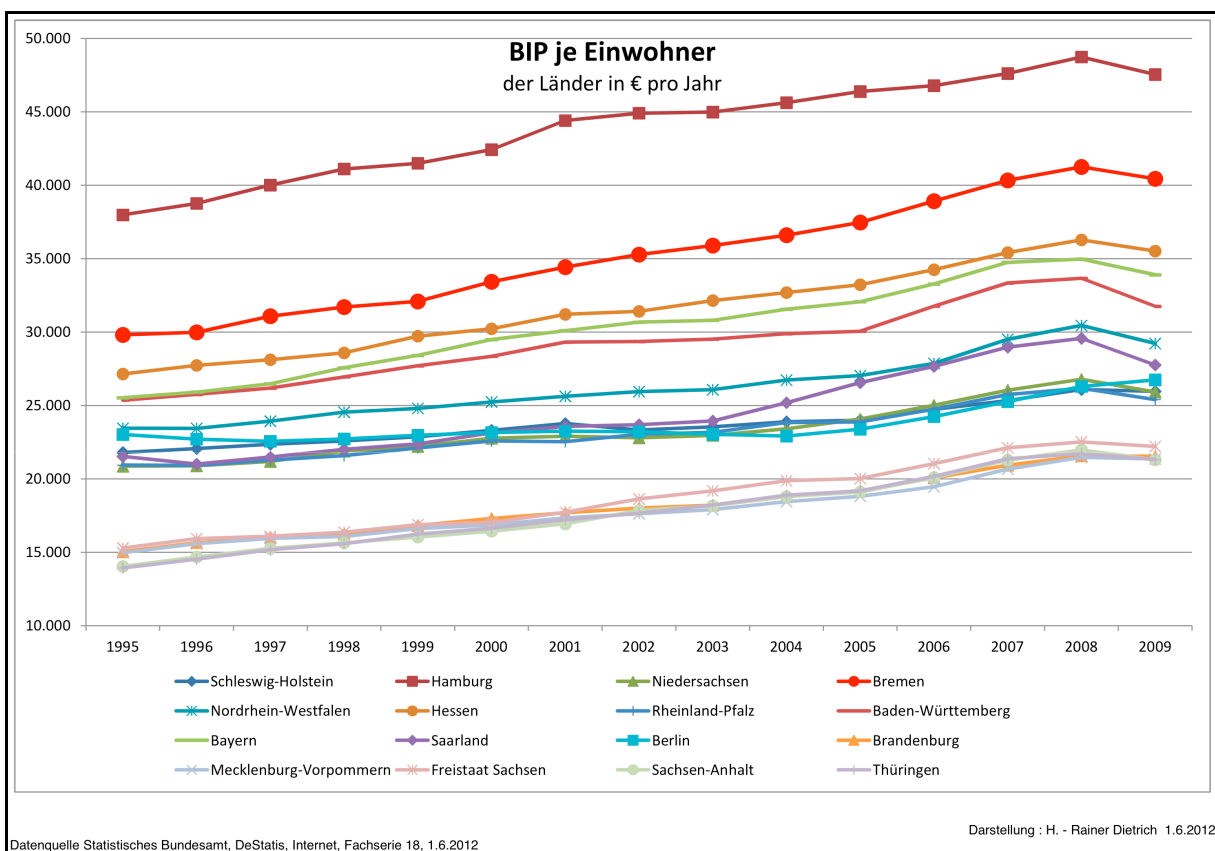
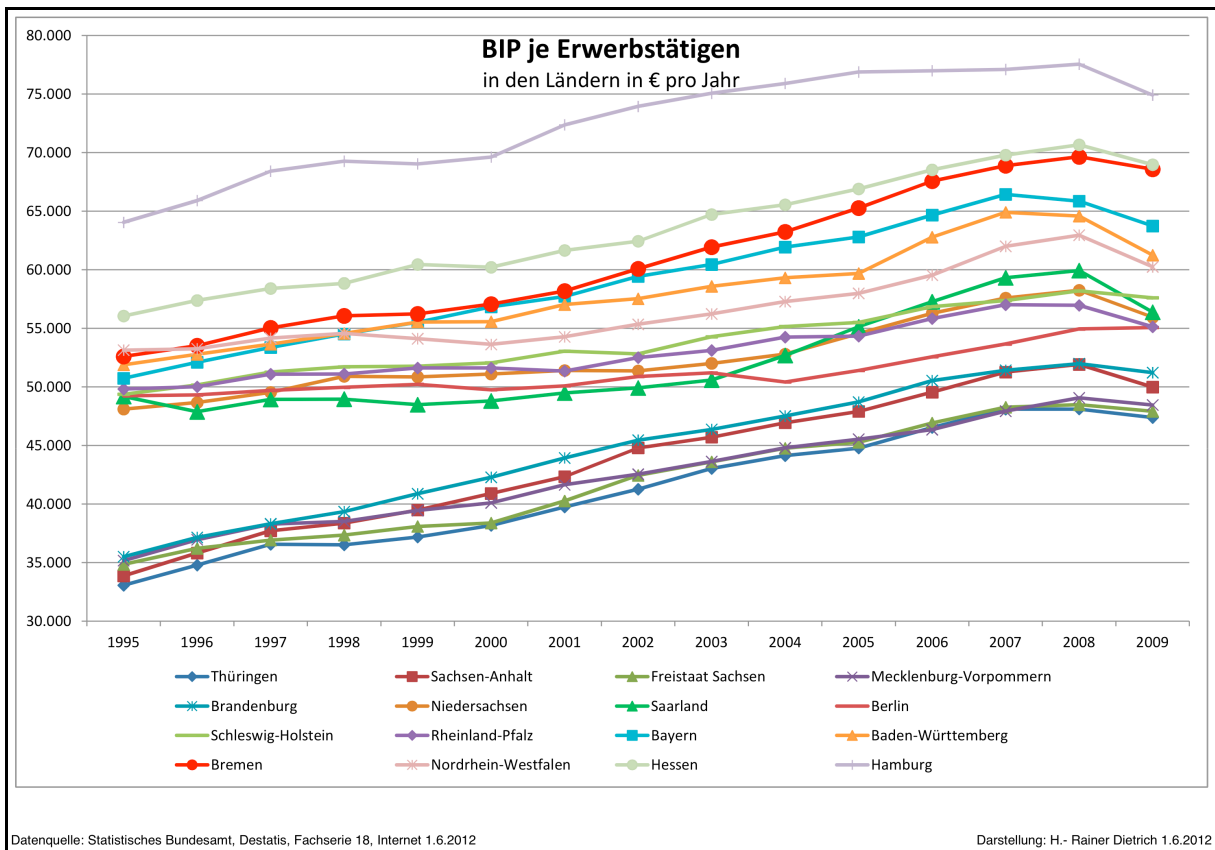
Die Bremer Haushalte (also die Bremer Bürger) könnten also *eigentlich* eine gewisse Last tragen – wenn denn die Lasten so verteilt wären, dass die finanziell Leistungsfähigeren entsprechend mehr tragen würden als die finanziell weniger Leistungsfähigen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der durchschnittlichen Arbeitseinkommen:

Abfrage5 24.05.2012

Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Arbeitnehmerentgelte ▲
			2007
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	2434,0
0302	Bremen-Umland	ROR	2444,5
0310	Oldenburg	ROR	2457,0
0303	Bremerhaven	ROR	2636,2
1101	Berlin	ROR	2742,8
1001	Saar	ROR	2769,7
0506	Dortmund	ROR	2777,6
0307	Hannover	ROR	2812,2
0507	Duisburg/Essen	ROR	2819,8
0401	Bremen	ROR	2893,0
0508	Düsseldorf	ROR	2995,7
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	3009,4
0510	Köln	ROR	3011,3
0201	Hamburg	ROR	3264,5
0910	München	ROR	3275,4
0810	Stuttgart	ROR	3378,9

Insgesamt gehört Bremen sowohl beim BIP pro Erwerbstätigem als auch beim BIP pro Einwohner zu den relativ leistungsfähigen Ländern in Deutschland, wie die beiden folgenden Statistiken zeigen:



Bremen liegt weiterhin sowohl im Haushaltseinkommen als auch im öffentlichen Einkommen (noch) deutlich vor seinen Umlandgemeinden:

Abfrage4 24.05.2012

Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Haushaltseinkommen ▲
			2007
1101	Berlin	ROR	1278,5
0506	Dortmund	ROR	1420,5
0310	Oldenburg	ROR	1439,4
0303	Bremerhaven	ROR	1442,9
0507	Duisburg/Essen	ROR	1480,5
1001	Saar	ROR	1509,2
0307	Hannover	ROR	1533,2
0302	Bremen-Umland	ROR	1557,8
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	1630,8
0510	Köln	ROR	1659,4
0604	Rhein-Main	ROR	1659,7
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	1666,6
0508	Düsseldorf	ROR	1758,8
0401	Bremen	ROR	1761,9
0810	Stuttgart	ROR	1793,4
0910	München	ROR	1873,5
0201	Hamburg	ROR	1947,2

Die *Entwicklung* der Haushaltseinkommen ist allerdings eher durchschnittlich:

Abfrage6 24.05.2012

Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Veränderung Haushaltseinkommen ▲
			2002 - 2007
1101	Berlin	ROR	80,4
0507	Duisburg/Essen	ROR	93,7
0506	Dortmund	ROR	102,1
0307	Hannover	ROR	106,8
0310	Oldenburg	ROR	113,9
0604	Rhein-Main	ROR	118,5
0510	Köln	ROR	123,0
0401	Bremen	ROR	123,5
0910	München	ROR	128,0
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	135,6
0302	Bremen-Umland	ROR	137,5
0508	Düsseldorf	ROR	148,2
0810	Stuttgart	ROR	159,7
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	167,3
1001	Saar	ROR	173,2
0201	Hamburg	ROR	224,1

Auch bei den Arbeitnehmerentgelten schlägt Bremen sein Umland:

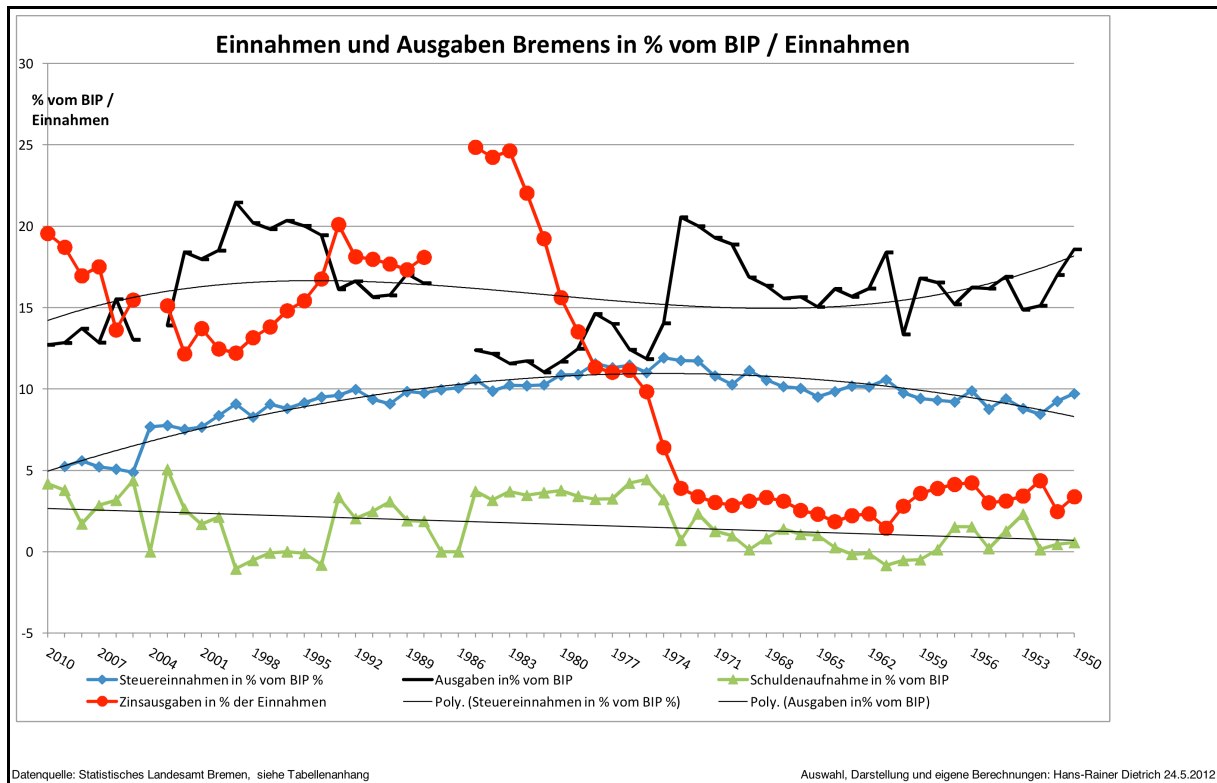
Abfrage5			24.05.2012
Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Arbeitnehmerentgelte ▲
			2007
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	2434,0
0302	Bremen-Umland	ROR	2444,5
0310	Oldenburg	ROR	2457,0
0303	Bremerhaven	ROR	2636,2
1101	Berlin	ROR	2742,8
1001	Saar	ROR	2769,7
0506	Dortmund	ROR	2777,6
0307	Hannover	ROR	2812,2
0507	Duisburg/Essen	ROR	2819,8
0401	Bremen	ROR	2893,0
0508	Düsseldorf	ROR	2995,7
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	3009,4
0510	Köln	ROR	3011,3
0201	Hamburg	ROR	3264,5
0910	München	ROR	3275,4
0810	Stuttgart	ROR	3378,9

Dasselbe gilt für die – insgesamt allerdings eher durchschnittlichen – Steuereinnahmen:

Abfrage1			24.05.2012
Kennziffer	Raumeinheit	Aggregat	Steuereinnahmen ▲
			2008
1101	Berlin	ROR	562,8
0306	Hamburg-Umland-Süd	ROR	576,0
0310	Oldenburg	ROR	580,1
1001	Saar	ROR	581,7
0506	Dortmund	ROR	590,7
0302	Bremen-Umland	ROR	622,5
0507	Duisburg/Essen	ROR	631,4
0401	Bremen	ROR	812,1
0906	Industrieregion Mittelfranken	ROR	831,8
0510	Köln	ROR	833,6
0508	Düsseldorf	ROR	888,0
0810	Stuttgart	ROR	949,1
0201	Hamburg	ROR	1135,2
0604	Rhein-Main	ROR	1156,8
0910	München	ROR	1189,6

Die Überschuldung Bremens liegt also keineswegs daran, dass Bremen oder seine Bürger so arm sind, sondern vielmehr daran, dass einerseits trotz gestiegener Einkommen die Steuereinnahmen relativ gesunken sind und dass sich zum anderen die kreditfinanzierten Ausgaben nicht als die gewinnbringenden Investitionen erwiesen haben, die seitens der Bremer Wirtschaftspolitik als Begründung in der Öffentlichkeit angegeben wurden.

In der folgenden Grafik (bitte von rechts nach links lesen) zeigt sich an der blauen Linie, dass die Steuereinnahmen Bremens gemessen am BIP seit 1970 kontinuierlich zurückgegangen sind. Die Kreditaufnahme im % vom BIP ist dagegen langfristig gestiegen. Die Zinsausgaben als Anteil der Einnahmen (rote Linie) sind zunächst sprunghaft gestiegen, dann, während der Schuldentilgungszuschüsse des Bundes 1994 bis 2004, zurückgegangen und danach wieder gestiegen. Der Anstieg ist nicht ganz so kräftig wie der der Schulden, weil seitdem die Zinsen sinken, was sich schrittweise auch auf den Schuldenbestand auswirkt.



Diese Werte belegen deutlich die Aussage von oben, dass die kreditfinanzierten Ausgaben, von denen stets behauptet wurde, dass sie sich durch zusätzliche Steuereinnahmen selbst finanzieren würden, keine Investitionen in diesem Sinne waren: Sie haben zu keinen zusätzlichen Einnahmen des Landes Bremen geführt.

Insofern sind diese kreditfinanzierten Ausgaben mit Konsumentenkrediten gleichzusetzen, die man sich nicht leisten kann. In der Folge ist Bremen heillos überschuldet und kann seinen originären Aufgaben als Staat nicht mehr oder nur höchst unzureichend nachkommen.

Die Einnahmen Bremens kommen in zunehmendem Maße aus anderen Quellen als Steuereinnahmen. Neben Gebühren sind dies insbesondere der Länderfinanzausgleich und Bundeszuschüsse. Diese Zuschüsse werden freilich zunehmend mit Auflagen versehen, deren Einhaltung von Gremien überwacht wird, die überwiegend außerhalb Bremens zusammengesetzt werden. Bremen ist damit immer weniger autonom in seinen Entscheidungen.

Das ist der Demokratie selbstredend nicht zuträglich. Auch wenn viele Bremer Bürger es begrüßen, dass die Politiker, die Bremen in diese Situation gebracht haben, immer weniger zu entscheiden haben.

Von daher ist es geradezu folgerichtig, dass die Politiker Bremens sich auch wie Entmündigte verhalten: Sie handeln völlig verantwortungslos, denn sie wissen ja: Die Kontrolettis werden Bremen ohnehin wieder vor der Pleite retten, wenn es sich erneut der Zahlungsunfähigkeit nähert und seine gesetzlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann. Das nennt man in Neudeutsch oder Denglish „Moral Hazard“.

Die Überschuldung ist also kein Schicksal, das Bremen auf Grund unglücklicher Umstände ereilt hat und als dessen Folge es wie ein von Naturkatastrophen Gebeutelter Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft hat.

Bremen ist allerdings mit seinem Gebaren keineswegs einzigartig. Es spielt nur den Vorreiter für andere öffentliche Hände, die ähnlich verantwortungslos mit den öffentlichen Haushalten umgehen. Fast nirgendwo ist erkennbar, dass selbst in der Hochkonjunktur tatsächlich in dem Sinne gespart wird, dass die Schulden durch Haushaltsüberschüsse abgebaut werden. Nein, auch in der Hochkonjunktur, wenn die Steuereinnahme sprießen und die Zwangsausgaben sinken, werden noch neue Schulden aufgenommen. Es werden auch in anderen Bundesländern die kuriosesten Ausgaben auf Kredit getätigt. Sei es die Elbphilharmonie in Hamburg, die Cargo-Lifter-Halle in Brandenburg, die Ausgestaltung des Nürburgrings zu einem Freizeitpark in Rheinland Pfalz, die IBA Emscher Park in NRW, Stuttgart 21 in BW – um nur einige zu nennen.

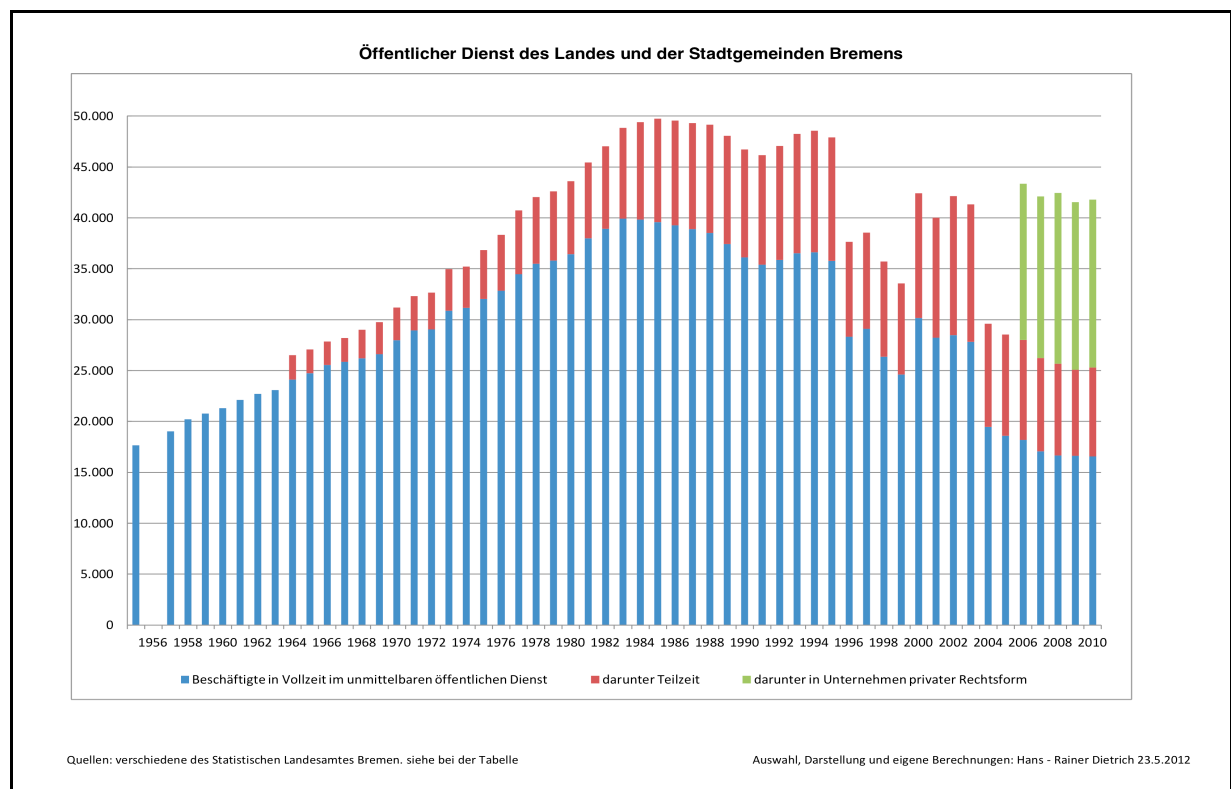
3.) Ausgaben

Wofür nun wurden die meisten der kreditfinanzierten Ausgaben verwendet? Die größten Posten sind hier Personal und die so genannten Investitionen. Beide werden im Folgenden näher betrachtet.

Personal

Sicherheit, Ordnung und Justiz sind Grundfunktionen eines Staatswesens. Sicherung von Leib und Leben der Bürger heißt aber auch Versorgung derjenigen, die sich nicht selber helfen können (Stichworte: Hartz IV/bedingungsloses Grundeinkommen, ein Dach über dem Kopf). Weiter: Bevorratung, Gesundheit, Abfallentsorgung, Infrastruktur, Verkehr, Energie, Nachrichten, Bildung. Das sind Pflichtaufgaben eines Staatswesens, und für sie werden große Teile der öffentlichen Finanzen verbraucht – und große Teile des öffentlichen Personals eingesetzt.

Eine Zeitlang wurde in Bremen auch dafür – Schulen, Universität, Krankenhäuser usw. – mehr Personal eingestellt. Aber auch die politische Verwaltung wurde enorm aufgebläht.



Öffentliche Unternehmungen werden gern dazu genutzt, formal und personell, die eigene Klientel zu begünstigen. So werden öffentliche Unternehmen in privater Rechtsform gegründet, deren Geschäftsführerposten dann mit Parteigängern besetzt werden. Diese Personen unterliegen in der Folge nicht mehr den Regeln der Bezahlung des öffentlichen Dienstes und dessen Stellenkegel.

Diese Unternehmen benötigen selbstredend Bürogebäude, mit deren Anmietung der Bremer Klientel legal öffentliches Geld zugeschoben wird. Das Siemens-Hochhaus ist ein bekannter Fall.

Ein weiterer, weniger bekannter Fall ist die Kataster- und Vermessungsverwaltung. Das Kataster und die Landvermessung sind typische hoheitliche Aufgaben: Die Einmessung von Grundstücken und das Setzen von Grenzsteinen sind nun einmal ganz sensible Bereiche des öffentlichen Friedens.

Die Kataster- und Vermessungsverwaltung saß in Bremen in einem stadteigenen Gebäude an der Wilhelm-Kaisen-Brücke. Dann wurde sie in private Rechtsform überführt, umbenannt in „Geoinformation Bremen“ und musste umziehen in das Verwaltungsgebäude des untergegangenen Kaffeeunternehmers Eduard Schopf (Eduscho), der damit seine Immobilie auf Kosten des bremischen Stadtsäckels verwertete.

Das Verwaltungsgebäude an der Wilhelm-Kaisen-Brücke stand daraufhin über Jahre leer. Die Führungsbeamten des Amtes wurden abserviert und bekamen neu geschaffene Stellen in der öffentlichen Verwaltung. Es mussten natürlich hoch bezahlte Manager als Führung einer solchen Firma eingestellt werden, damit das Bremische Unternehmen mit Gewinn arbeitete.

Machen wir es kurz: Die Selbstfinanzierung von Geoinformation mit privaten Vermessungsaufträgen misslang. Es gab nur Verluste. Schließlich wurde Geoinformation wieder in den öffentlichen Dienst zurückgeholt. Die aufgelaufenen Verluste als zu bedienende Schulden und die Mietkosten bei Eduard Schopf bzw. seiner Immobilien-Verwertungsgesellschaft Siedentopf bleiben Bremen auf Dauer erhalten.

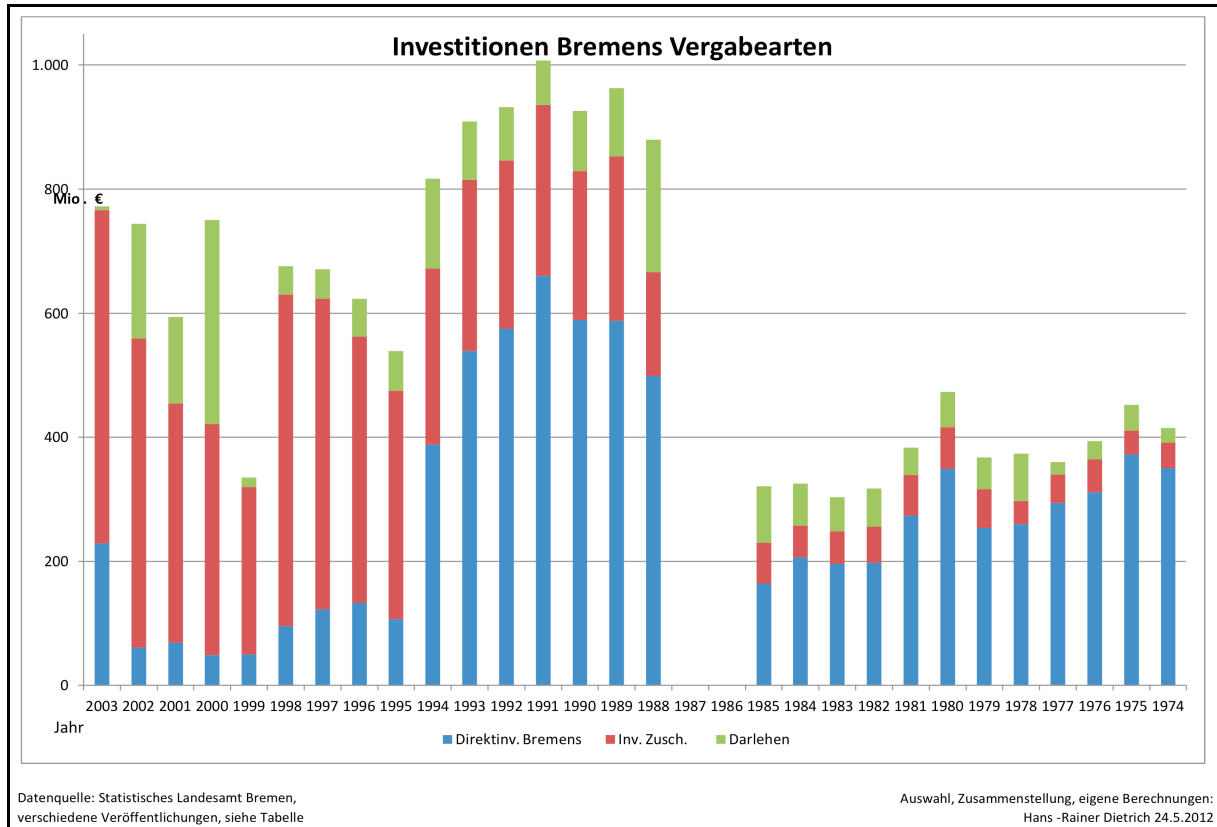
Neben den Pflichtaufgaben, die man besser oder schlechter machen kann, die aber immer aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden müssten, gibt es freiwillige Aufgaben, die man eigentlich aus dem finanziert, was übrig bleibt. Bei uns gehört dazu Kultur und Wissenschaft, eher kleine Etatposten.

Seit 1969 wird überdies in zunehmendem Maße behauptet, Investitionen und Arbeitsplätze müssten vom Staat geschaffen werden. Und bei einer „Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes“ könnten, auch über die Investitionen hinaus, staatliche Konsumaufgaben mit Krediten finanziert werden. Dafür wird seit Jahren immer mehr Geld ausgegeben.

Es gibt keine legal zitierfeste Definition, was Investitionen des Staates und was Konsumausgaben sind. Üblicherweise wird schlicht gesagt, Bauten seien Investitionen, Personal sei Konsum. Da kann man bei einer öffentlichen Vergnügungshalle als Investition gegenüber Lehrern als Konsum so ins Grübeln kommen.

Investitionen

Besonders in den Jahren seit der großen Koalition in Bremen, also mit jeweils einem CDU-Wirtschaftssenator, wurden kreditfinanzierte, so genannte „Investitionen“ in zunehmendem Maße als Zuschüsse an Unternehmen und Privatpersonen ausgegeben.



Es wurden riesige Räder gedreht. Sagenhafte Programme verkündet, die an das Gebaren sozialistischer Planwirtschaftsstaaten gemahnten. Der Space-Park als größte Fehlleistung ist auch über die Grenzen Bremens hinaus sicher in bleibender Erinnerung.

Aber ich nenne hier noch einige weitere aus einer schier beliebigen Fülle, einfach um diese Projekte nicht der Gnade des Vergessens auszusetzen:

- Congresscentrum Bremen (CCB),
- Messehallen,
- Maritim-Hotel,
- Aufstockung Stadthalle,
- Eislaufhalle auf der Bürgerweide (aufgebaut und nach acht Jahren wieder abgerissen),
- Pflasterung der Bürgerweide,
- Klangbogen,
- Hinterausgang Bahnhof,
- Zusammenlegung des Bahnhofdurchgangs,
- Bahnhofsvorplatz,
- 2 mal Verlegung der Gleise der Straße An der Weide,
- Übermaxx (Ergänzung zum Überseemuseum längst wieder geschlossen),
- Verlegung Herdentorsteinweg,
- Hillmannplatz,
- Freimachung der Fläche für Contrescarpe-Zentrum,

- Plan, die Straßenbahn auf den Gleisen der Bundesbahn in Richtung Brake fahren zu lassen; dafür breitere Straßenbahnwagen angeschafft; dafür alle Straßen mit Straßenbahngleisen umgebaut, die Gleise weiter auseinander gelegt, damit die breiteren Straßenbahnwagen sich begegnen können – über Jahre riesige Umbaumaßnahmen mit z. T. jahrelanger Behinderung der Anwohner; aus der Idee ist nichts geworden;
- das Musical-Theater mit seinen drei pleitegegangenen Vorläufern auf dem Bau des ehemaligen Zentralbades,
- der Lloydhof mit 25-jähriger weit überhöhter Miete, durch Bremen finanziert;
- Langenstraßenumbau,
- Martinistraßenumbau,
- Passage im ehemaligen Postamt parallel zur Langenstraße (ein Flop),
- Bredenplatz (teurer Vorhof für ein subventioniertes Hotel auf den Trümmern des Häfensensors),
- Galopprennbahn, Trainingsbahn für Galopprennbahn,
- Büropark Oberneuland
- Industriepark West
- Jacobs Universität Bremen
- Airport Stadt
- World Trade Center
- Technologiepark an der Universität,
- GVZ,
- Nebenzentren wie Berliner Freiheit,
- mehrfach Umgestaltung Ostertorsteinweg / Vor dem Steintor,
- Abriss von Wohngebäuden in OT,
- Verlegung des Großmarktes,
- Überseestadt,
- Schlachte,
- Teerhof,
- Domshof (jahrelanger Umbau),
- Granitpflasterung überall in der Innenstadt, zusätzlich „Stelen“ zur Touristeninformation für einen Millionenbetrag,
- Domsheide Kunstwerk von Pflasterung (zweimal zerstört und umgebaut),
- Umgestaltung Stephani-Viertel,
- Universum und Ergänzungsbau,
- Botanika,
- Vegesack-„Sanierung“ (Hafen, Schaufenster Bootsbau (insolvent), Haven Hööv (insolvent), Verlegung Schulschiff Deutschland mit allen Mantelbauten, Kaufhaus Kramer, Neubau Markthalle (leer),
- Verlängerung der Eisenbahnlinie nach Farge und
- Bremerhaven Zentrumgestaltung (Auswandererhaus, 8. Längengrad, Hotel, Eishockey-Halle.

Dies alles und vieles mehr wurde und wird als „Investitionen“ ausgegeben – daher auf Kredit finanziert. Vieles verursacht endlos laufende Kosten, aber auch immer neue Kosten für Instandhaltung und Erneuerung und ist so eine ständige Belastung des Bremer Haushaltes über die Zinszahlungen hinaus.

Seit Mitte der 70er-Jahre gab es neben den als „Sonderprojekten“ gehandelten Projekten noch generelle „Investitionsprogramme“. Mal hießen sie „Zukunftsinvestitionsprogramm - ZIP“, mal „Investitionssonderprogramm ISP“ oder trugen andere schicke Namen.

Gemeinsam war all diesen Programmen, dass privaten Kapitaleignern Zuschüsse gegeben wurden, damit sie ihrer natürlichen Aufgabe nachkamen, nämlich zu investieren. Ihnen wurden vorhandene Immobilien zu überhöhten Preisen abgekauft, neue Grundstücke zum Preis unterhalb der Erschließungskosten überlassen bzw. „verkauft“ und zum Teil sogar geschenkt. Wie z.B. ein Teil des Grundstückes des Contrescarpe-Zentrums oder der Jugendherberge oder des Hotels auf der Fläche des ehemaligen Verwaltungsgebäudes des Hafensensors.

Oder wie beim Siemens-Hochhaus, wo die Firma neben der Vergünstigung eines überhöhten Kaufpreises für eine abgeschriebene Ruine und einen Verkaufspreis des Grundstücks unter Gestehungskosten auch noch Investitionszuschüsse erhielt. Dann wurde das Siemens-Hochhaus an den Bauunternehmer Zech verkauft – mit dem Versprechen, es für die öffentliche Verwaltung zurückzumieten. Zech renovierte das Haus ein bisschen und verkaufte es dann weiter an einen Immobilienfond, der es an den Bremer Senat vermietete.

Der Mietpreis baut auf einem Wert von 60 Mio. DM auf, während Bremen das Gebäude (schon zu teuer) zum Wert von etwa 11 Mio. DM erworben und an Zech weitergereicht hatte (diese Zahlen zitiere ich aus dem Gedächtnis, sie sind also nicht offiziell zitierfähig).

Die Sanierung des Hauses war so wenig professionell, dass es mehrfach Wasserrohrbrüche gab und die Stadt für die Sanierung der veralteten und für die neue Nutzung nicht geeigneten Klimaanlage mehrere Mio. € Mieterinvestitionen zuschoss.

Und das ist nur ein Beispiel für die riesige Umverteilung öffentlicher Einnahmen zugunsten der Kapitalbesitzer auf den verschiedensten Wegen. Denn auch da sind die Fälle Legion.

Einer der tollsten Flops ist die „Airport Stadt“, bei der teure, öffentlich stark bezuschusste Bürogebäude zu subventionierten Mieten an Call-Center-Firmen vermietet wurden. Der Wirtschaftssenator faselte seinerzeit von Bremen als der kommenden „Call-Center-City“, obwohl bekannt ist, welche schlechte Löhne diese Branche zahlt und wie wenig Steuern damit auch von den Angestellten gezahlt werden können – und wie wenig diese Unternehmen an einen speziellen Standort gebunden sind, insbesondere nicht an einen eigentlich teuren Standort in der Nähe eines Flughafens in hochmodernen Gebäuden. Seitdem die Mietsubventionen ausgelaufen sind, spricht auch keiner mehr von dieser Schnapsidee: Die meisten Call-Center sind längst abgewandert.

Ein ähnliches Modell hatte schon vorher mit dem „World Trade Center“ in der Bahnhofsvorstadt für berechtigten Hohn und Spott gesorgt. Dort hatte sich der Bremer Senat die „Trade Mark“ gekauft, das Gebäude errichten lassen und zu minimalen Preisen vermietet. Die Mieten waren so niedrig und die Nachfrage war so gering, dass u.a. chinesische Importeure die teuren Büroräume als Lager für Rattanmöbel benutzten.

Dies war im Übrigen die einzig bemerkenswerte Tat eines Extra-Wirtschaftsförderers, der nur für die Außenwirtschaft zuständig war. Als dieser politisch in Ungnade gefallen war, wurde sein öffentliches Sonderunternehmen aufgelöst, das es offensichtlich nur gegeben hatte, um ihm einen hoch dotierten Geschäftsführerposten zu verschaffen.

Seitdem die Mietsubventionen ausgelaufen sind, muss wieder überwiegend die öffentliche Verwaltung die Räume füllen – natürlich ganz privatwirtschaftlich, weil es ja Firmen in privater Rechtsform sind, wenn auch in öffentlichem Besitz.

Fazit: Wenn niemand bauen wollte, baute halt die Stadt und vermietete die Immobilien unterhalb eines kostendeckenden Preises.

Es gibt allerdings auch Investitionen, die vielleicht zu teuer, falsch finanziert oder an der falschen Stelle getätigt wurden, die aber unvermeidlich bzw. im Grunde richtig waren. Zu nennen ist hier die Änderung des Daimler-Benz-Werks in Bremen vom Lastwagen-Standort zum Pkw-Werk für die C-Klasse, bei der Bremen Änderungen in der Infrastruktur vornahm. Grundsätzlich richtig war sicher auch die Entscheidung, in Bremerhaven frühzeitig in den Containerumschlag zu investieren und diesen bis zum Containerterminal IV kontinuierlich auszubauen – wenn auch mit vielen strukturellen Mängeln. Positiv zu bewerten ist ebenfalls, dass Bremen eine Universität bekam, wenn auch mit strukturellen Mängeln der Finanzierung. Die Privatuni (Jacobs Universität) ist dagegen ein struktureller Fehler, weil sie sich nicht trägt und Bremen sich eine zweite Uni weder leisten kann noch eine solche benötigt.

An den Beispielen kann man die deutliche Richtungsänderung des Geldflusses sehen, also wohin öffentliches Geld geflossen ist und meiner Überzeugung nach auch weiterhin fließt (auch wenn ich an die aktuellen Zahlen nicht so leicht herankomme und stichhaltige Beweise daher an dieser Stelle schuldig bleiben muss). Seit der großen Koalition wurden diese öffentlichen Gelder zudem so eingesetzt, dass dadurch kein öffentliches Eigentum, sondern vornehmlich zusätzliches Privateigentum entstand. Dazu möchte ich auf zwei Dokumente verweisen, die Sie unter <http://www.bremer->

verhaeltnisse.de/data/20030403.pdf und <http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20040207.pdf> auf meiner Website „Bremer Verhältnisse“ (www.bremer-verhaeltnisse.de) finden.

Die jeweils versprochene Umwegfinanzierung der neuen Schulden, dass nämlich die öffentlichen Investitionen über erhöhte Steuereinnahmen wieder in das Stadtsäckel zurück fließen, waren schon theoretisch ein Trugschluss und haben sich auch praktisch als falsch erwiesen. Siehe dazu meine Beiträge z.B. zum Space Park (<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20040211.pdf>) und zu den so genannten Investitionen in den Tourismus (<http://www.bremer-verhaeltnisse.de/data/20120124.pdf>).

Fazit: Nicht „Die Bremer“ haben über ihre Verhältnisse gelebt, sondern sie haben sich Regierungen geleistet, die öffentliches Einkommen in immer größerem Maße an die Klientel der ohnehin schon Wohlhabenden und an die Parteigänger der jeweils regierenden Parteien verpfändet haben.

4.) Ursachen der Verschuldung

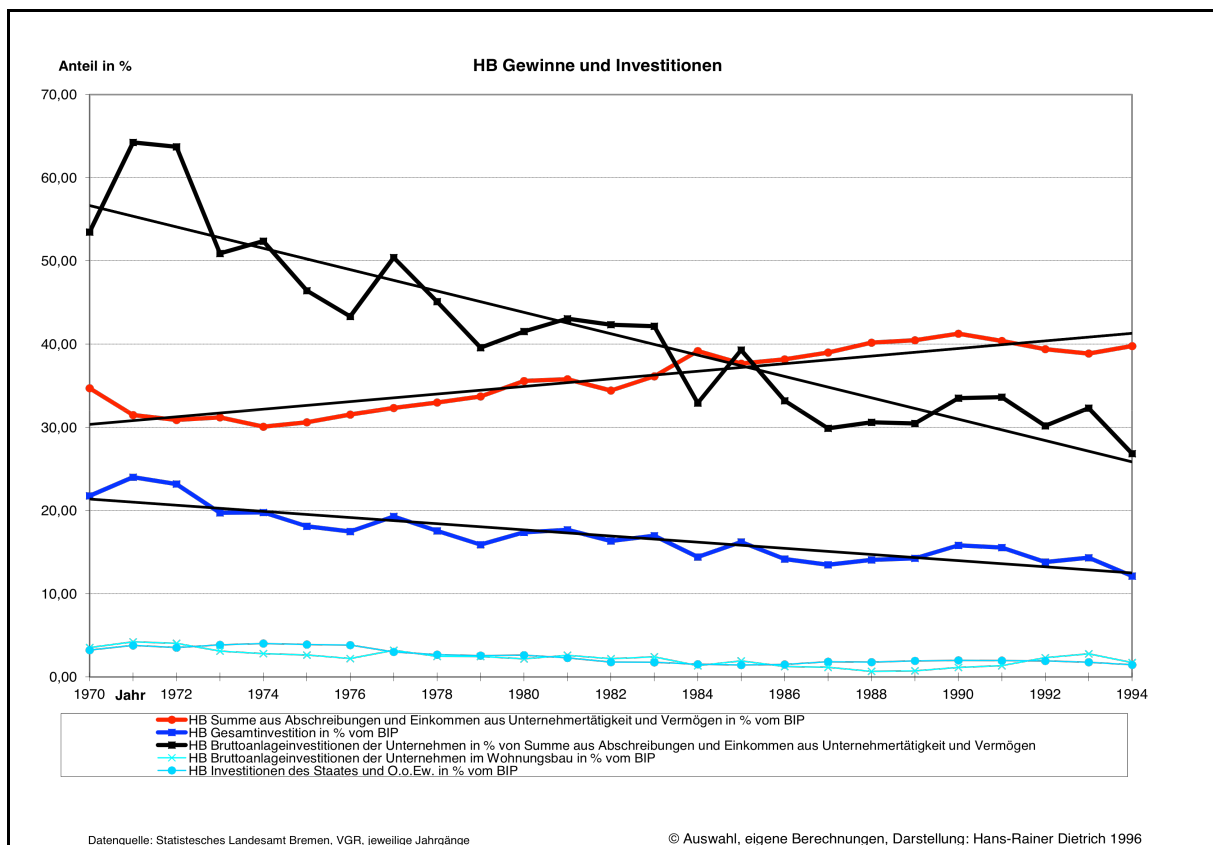
Warum aber kommen Politiker mit dergleichen Handeln immer wieder durch? Ihr persönlicher Antrieb ist sicher der Reiz, über Geld zu verfügen, Geld auszugeben. Denn wenn sie das nicht könnten, würde vielleicht niemand mit ihnen reden. Sie hätten gar kein Publikum. Eine Horrorvorstellung für Politiker, die süchtig sind nach öffentlicher Aufmerksamkeit. Aber das ist wie gesagt nur der individuelle Antrieb, sich Publikum zu kaufen. Damit müssen Politiker ja nicht durchkommen. Warum aber kommen sie damit durch?

Wir werden ja gegenwärtig europaweit im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt – spätestens seit der Wahl von Hollande in Frankreich zum Präsidenten und seit dem jüngsten G8-Gipfel – zunehmend wieder mit der Behauptung konfrontiert, die Politik könne Wirtschaftswachstum einfach kaufen. Warum aber versuchen Politiker dauernd, irgendwie die Wirtschaft anzukurbeln nach dem berühmten Spruch John Maynard Keynes, man solle doch die einen Arbeiter ein Loch schaufeln und die anderen es wieder zuschaufeln lassen, damit die Wirtschaft wieder wachse?

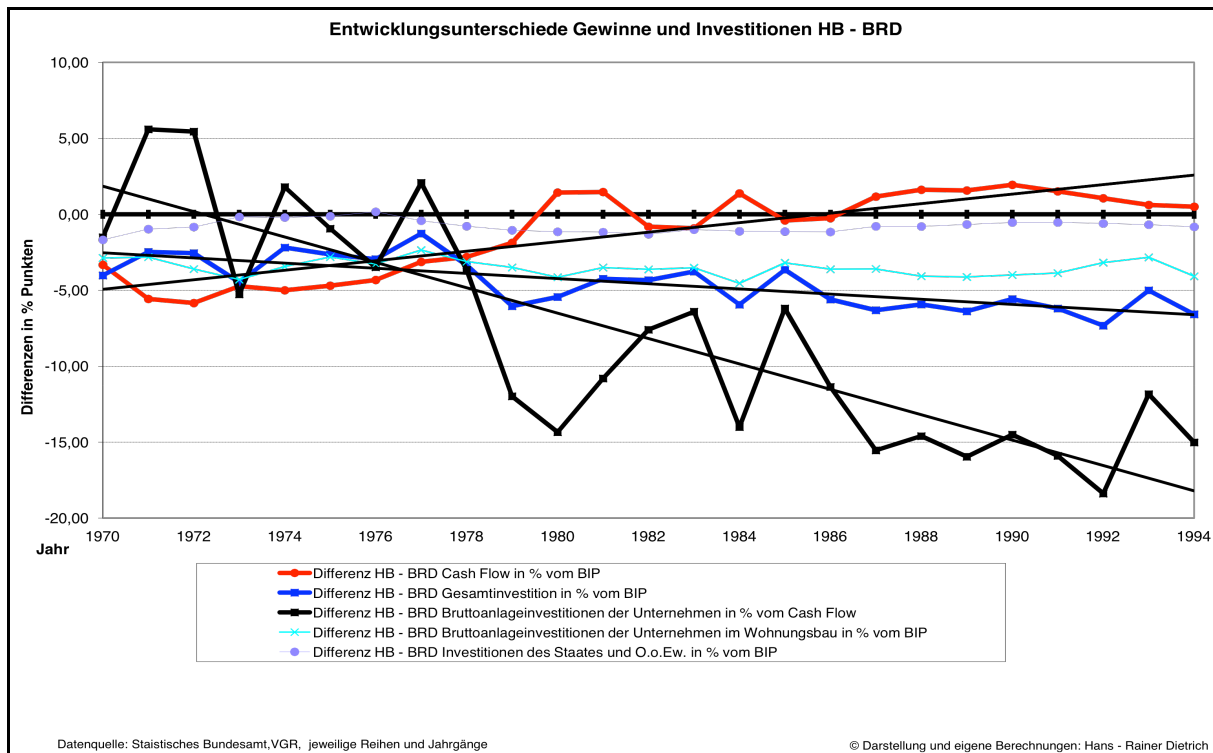
Weil die große Masse der Menschen sich von Arbeitsplatzverlust bedroht sieht. Weil viele Menschen darunter leiden, arbeitslos zu sein, unfreiwillig in einer neuen Firma wieder ganz unten anfangen zu müssen oder sich dauerhaft mit Arbeitsverhältnissen zufrieden geben zu müssen, die ihnen gar nicht zusagen, ja, die sie vielleicht sogar krank machen.

Das Problem der Massenarbeitslosigkeit ist in Westdeutschland und in Bremen nach den „goldenen“ 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder aufgetaucht. Und es hat deutlich eine Ursache: Die Unternehmer investieren ihr Geld nicht. Dadurch entsteht Mangel an Nachfrage und Beschäftigungsmöglichkeiten. **Unternehmervvertreter beten zwar immer wieder ihr Glaubenbekenntnis vor, die Gewinne von heute seien die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.** In der Realität ist aber seit den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts das Gegenteil der Fall: Trotz steigender Gewinne sinken die Investitionen und die (gut bezahlten) Arbeitsplätze werden weniger.

Die Bremer Unternehmer waren da in der Bundesrepublik Vorreiter:



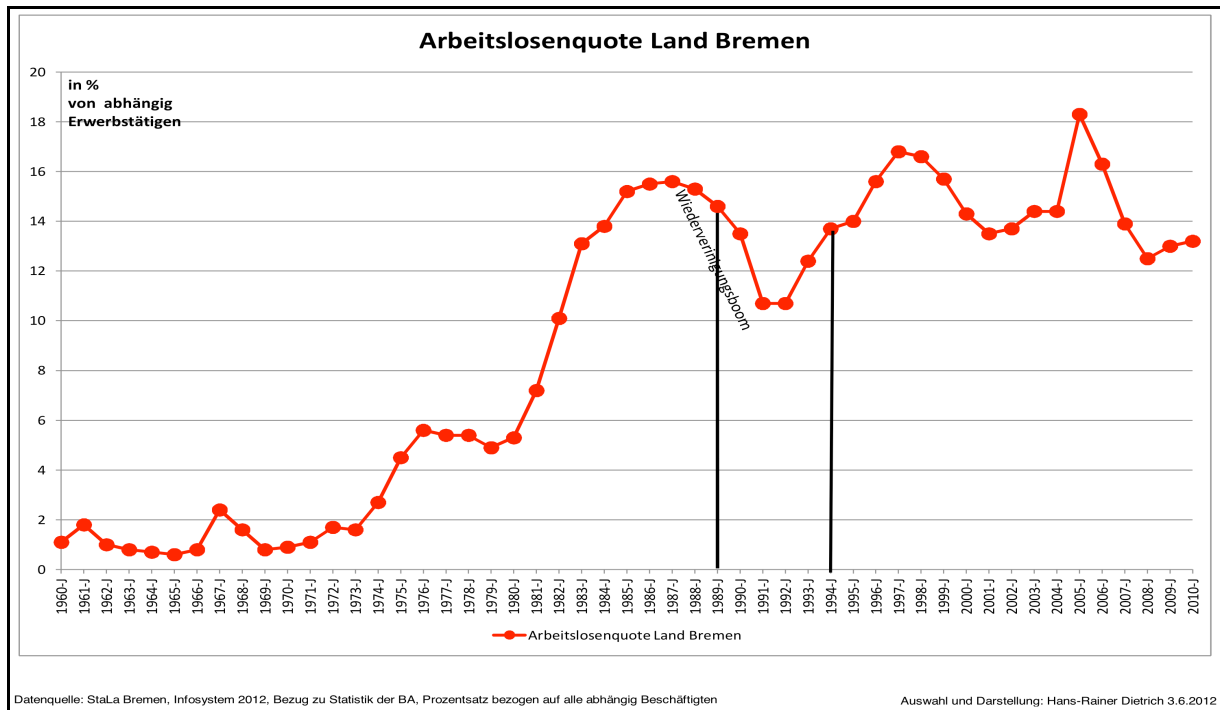
Und so sehen die Zahlen im Vergleich mit den entsprechenden Werten für die Bundesrepublik aus:



Als „Cash Flow“ bezeichne ich hier die Summe aus Abschreibungen und den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die prinzipiell für Investitionen bereitstehen. Diese Gelder wurden in Bremen und in der Bundesrepublik in den 60er- und Anfang der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts auch noch zu weit über 50 % für Investitionen ausgegeben. Entsprechend gab es Vollbeschäftigung, die Produktivität der Wirtschaft stieg schnell, und der Wohlstand auch der breiten Schichten der Bevölkerung wuchs.

In Bremen lag die Arbeitslosenquote 1973 das letzte Mal unter dem Bundesdurchschnitt. Dann stiegen die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen absolut und relativ zum BIP. Und Bremen machte der gesamten deutschen Wirtschaft vor, dass die Investitionen trotzdem und entgegen dem Versprechen und dem ritualisierten Glaubenssatz (siehe oben) rapide sinken können, sowohl als Anteil am BIP und mehr noch als Anteil der dafür verfügbaren Mittel.

Entsprechend stieg die Arbeitslosigkeit in Bremen rasant, viel schneller als in der Bundesrepublik.



Im Zeitraum von 1970 bis 1994, für den mir parallele Daten von Entwicklung der Investitionen und der Arbeitslosigkeit vorliegen, hat der Korrelationskoeffizient einen signifikanten Wert von $-0,86$.

Der Korrelationskoeffizient ist ein statistischer Wert, der aussagt, inwieweit sich Reihen parallel oder gegenläufig zueinander entwickeln. Ein Wert von $+1$ bedeutet, dass die Werte sich völlig parallel verhalten. Ein Wert von -1 bedeutet, dass sie sich genau umgekehrt zueinander entwickeln. Ein Wert von 0 bedeutet, dass kein statistischer Zusammenhang besteht. Eine logische Beziehung zwischen den Datenreihen ist damit in keiner Weise hergestellt.

Die logische Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und nicht investierten Abschreibungen und Gewinnen ergibt sich aus der allgemeinen Volkswirtschaftslehre – und dem gesunden Menschenverstand. Der Korrelationskoeffizient von $-0,86$ in einem volkswirtschaftlich so kleinen Gebilde wie Bremen, das ja enorme äußere Verflechtungen hat, ist ein hoch signifikanter Wert dafür, dass sinkende Investitionen mit steigender Arbeitslosigkeit einhergehen.

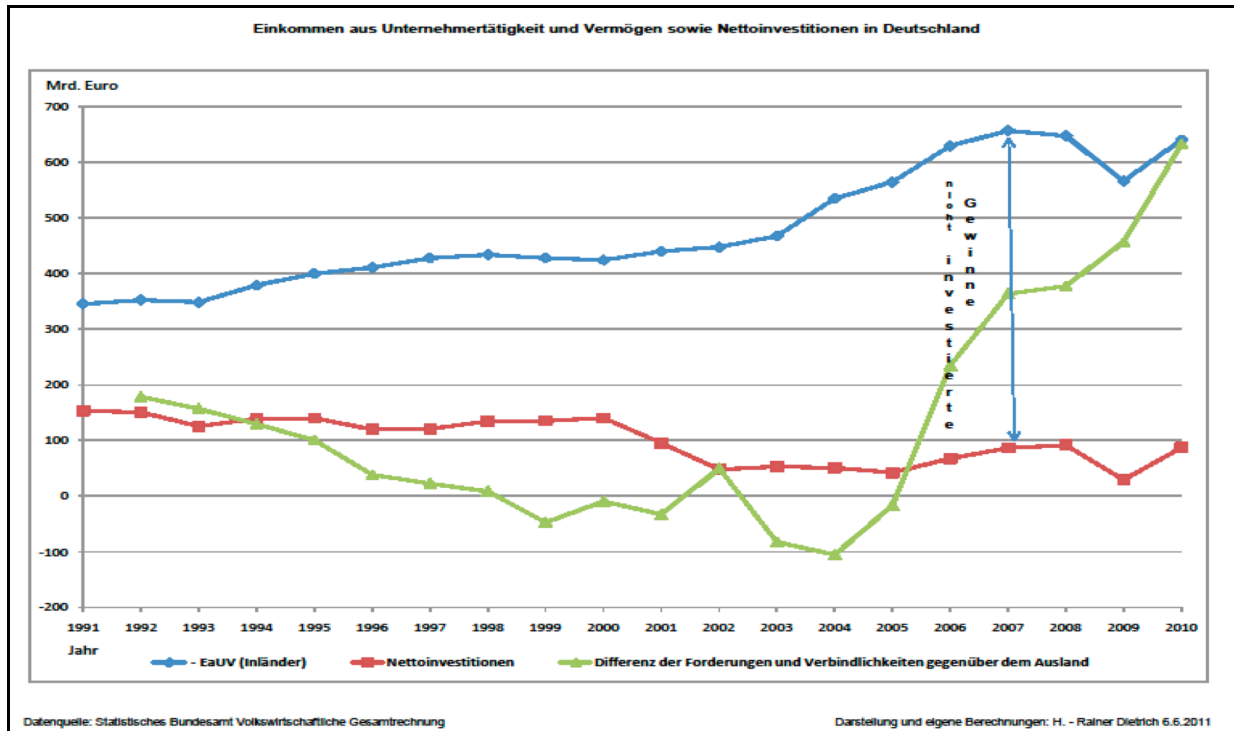
In den Wirtschaftswissenschaften gelten Korrelationskoeffizienten über $+0,6$ oder unter $-0,6$ als durchaus aussagekräftig. Je mehr die Werte sich 1 nähern, umso ausgeprägter.

In einem so kleinen wirtschaftlichen Gebilde wie Bremen können schon einzelne Ereignisse wie z.B. die Großinvestition des Daimler-Benz-Werkes in Hemelingen das Ergebnis beeinflussen, oder dass die Investitionen außerhalb der engen Grenzen des Wirtschaftsgebietes stattfinden, oder dass Wandlungsbewegungen der Erwerbsbevölkerung die gemessenen Arbeitslosenquoten unabhängig von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit verändern.

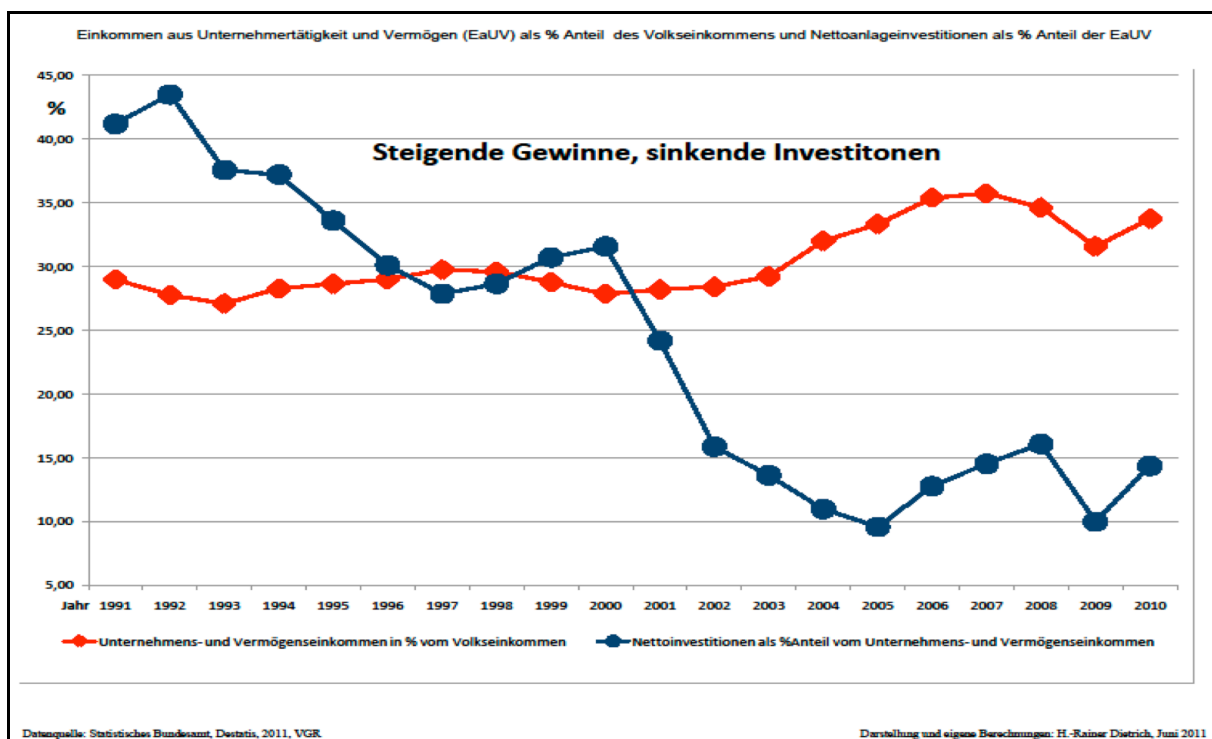
Da die Logik aus den wirtschaftlichen Zusammenhängen der Volkswirtschaftslehre stammt, kann sie nicht einfach dahingehend umgekehrt werden, dass die Arbeitslosen die sinkenden Investitionen verursachen.

In vielen Diskussionen wird weiterhin immer wieder behauptet, die steigende Arbeitslosigkeit läge an zu schlechter Ausbildung. Die betrachteten Jahre sind aber die, in denen der Ausbildungsstand der Bevölkerung sich erheblich erhöht hat. Das gilt sowohl für die schulische Bildung (steigende Abiturientenzahlen) als auch für die akademische Bildung (steigender Anteil der Akademiker an der insbesondere in den 80er-Jahren ins Berufsleben einsteigenden jungen Erwerbsbevölkerung). Aktuelle Zahlen über Gewinnentwicklung und Investitionen in Bremen habe ich nicht, wohl aber die entsprechenden Zahlen für die Bundesrepublik.

Hier zunächst eine Übersicht der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (EaUV) sowie der Nettoinvestitionen:



Und hier die Gegenüberstellung der Entwicklung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (EaUV) als prozentualer Anteil des Volkseinkommens einerseits und der Nettoanlageinvestitionen als prozentualer Anteil des EaUV andererseits:



Mit größter Wahrscheinlichkeit kann man davon ausgehen, dass die oben gezeigten Entwicklungen in der Bundesrepublik im Großen und Ganzen auch auf das Verhalten der Bremer Unternehmer und Vermögenden zutreffen. Diese haben sich ja schließlich schon in den 70er-Jahren als Trendsetter in dem Verhalten erwiesen, trotz steigender Gewinne nicht zu investieren.

Trotz der 2010 wieder anspringenden Konjunktur in der Bundesrepublik investieren die Unternehmer weiterhin weit unter den Möglichkeiten, die ihnen ihre gestiegenen Einkommen bieten und zu denen sie ihre gesellschaftliche Rolle eigentlich verpflichtet.

Im ersten Diagramm auf der vorigen Seite beziehe ich mich im Übrigen nur auf die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und auf die Nettoinvestitionen. Die Abschreibungen und die damit finanzierten Ersatzinvestitionen bleiben dort außen vor. Aus dem Diagramm lässt sich ablesen, dass Jahr für Jahr ca. 500 Mrd. € Unternehmenseinkommen *nicht* investiert werden – unter Berücksichtigung der Auslandsinvestitionen vielleicht 450 Mrd. €.

Die grüne Linie im ersten Schaubild ist nicht ein Verlauf der jährlichen Auslandsinvestitionen, sondern die Summe der Salden aller Auslandsinvestitionen, die von Deutschland in den letzten Jahren ausgegangen sind. Diese haben in der Summe am Ende des dargestellten Zeitraumes schließlich die Höhe erreicht, die in nur einem Jahr von den Unternehmen und Kapitalbesitzern eingenommen und nicht investiert wird.

Der überwiegende Teil dieses wirtschaftlichen Überschusses fällt als Nachfrage aus, die Arbeit schafft, und fließt an die internationalen Kapitalmärkte. Er wird dort als Öl ins Feuer der dauernden Spekulation gegossen. Es sind eben nicht nur die Banken, sondern die Wedekings, Schefflers, Merkles, Eigentümer von Beck's, Siemens usw., die spekulieren und Firmen lieber verkaufen als in ihre Zukunft zu investieren. Jeder kann in der Presse verfolgen, wie z.B. General Motors sich für Opel erst in Bochum ein seinerzeit modernes Werk mit hohen öffentlichen Subventionen bezahlen lässt, dann aber nichts mehr investiert, bis das Werk (wie das ganze Unternehmen Opel) hoffnungslos am Markt zurückgefallen ist. Dann droht man mit Schließung und damit, die Produktion – natürlich wieder subventioniert – zu verlagern. Nokia ist ein weiteres Beispiel für diese Art von Unternehmerverhalten.

Und Bremen ist für dergleichen unternehmerisches Absahnertum ein Paradebeispiel. Natürlich kann man sagen, es sei einzelwirtschaftlich vernünftig, sich seine Gewinne von der öffentlichen Hand durch Beziehungen zuschustern zu lassen, statt eigenes Geld zu riskieren, wenn die Regeln das zulassen.

Dann müssen eben die Regeln geändert werden. **Denn diese Art von Unternehmen, die unsere öffentlichen Haushalte ausplündern, brauchen wir nicht. Jedenfalls ist ihr Verhalten ursächlich für die Staatsverschuldung Bremens und der Bundesrepublik.**

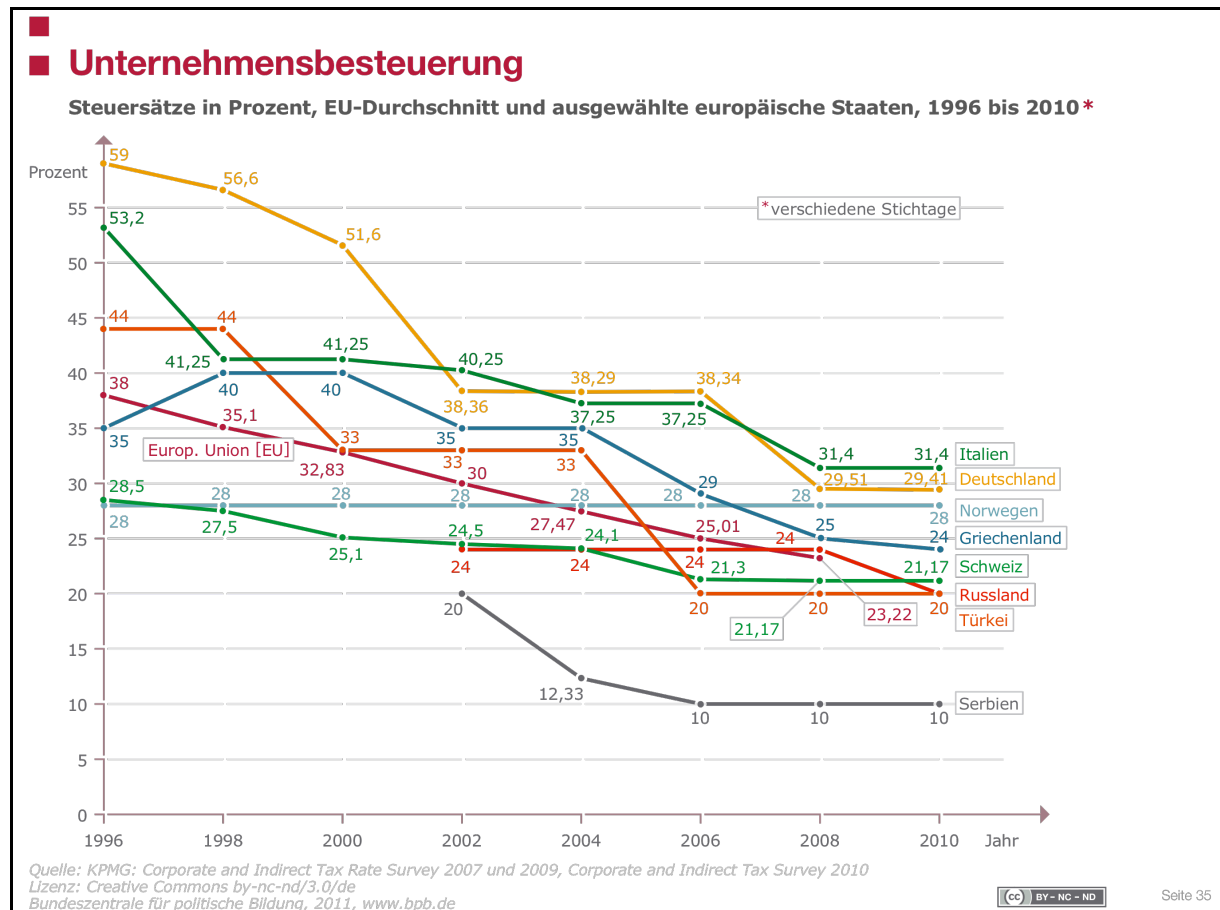
Der Staat versucht verzweifelt, die mangelnde Nachfrage zu ersetzen. Aber er lässt sich darauf ein, Unternehmen die nicht investierten Gewinne per Anleihe, also mit dem Versprechen auf sichere Gewinne, wieder in den realen Wirtschaftskreislauf zurückzuführen – und dann auch noch solche Unternehmungen mit öffentlicher Beteiligung zu starten, bei denen wieder *private* Unternehmen und Banken sagenhafte Gewinne machen.

5.) Was ist zu tun?

Von einem Vertreter der Piratenpartei habe ich einmal den Satz gehört, das Programm der Piraten sei im Prinzip das Grundgesetz. In dessen Artikel 14 steht, dass das Eigentum erst durch Gesetz definiert wird. In Satz 2 heißt es dort: „*Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*“

Wer seine Gewinne nicht investiert, sondern zum Spekulieren an die Finanzmärkte bringt – womöglich noch zur Spekulation um Rohstoffe, landwirtschaftliche Flächen oder Nahrungsmittel – und dadurch zu Hause Arbeitslosigkeit erzeugt, der gebraucht sein Eigentum offensichtlich nicht zum Wohle der Allgemeinheit. Die gesetzlichen Definitionen von Eigentum sollten also so gefasst werden, dass solches Handeln nicht geschützt wird bzw. den Eigentümern das Eigentum weggenommen und einem Zweck zum Wohle der Allgemeinheit zugeführt wird.

Zumindest müssten die Steuern für nicht investierte Gewinne deutlich erhöht werden. Und die Tendenz der letzten Jahre zum Steuerdumping in vielen Ländern der Welt müsste umgekehrt werden. Hier nur einmal ausgewählte europäische Staaten:

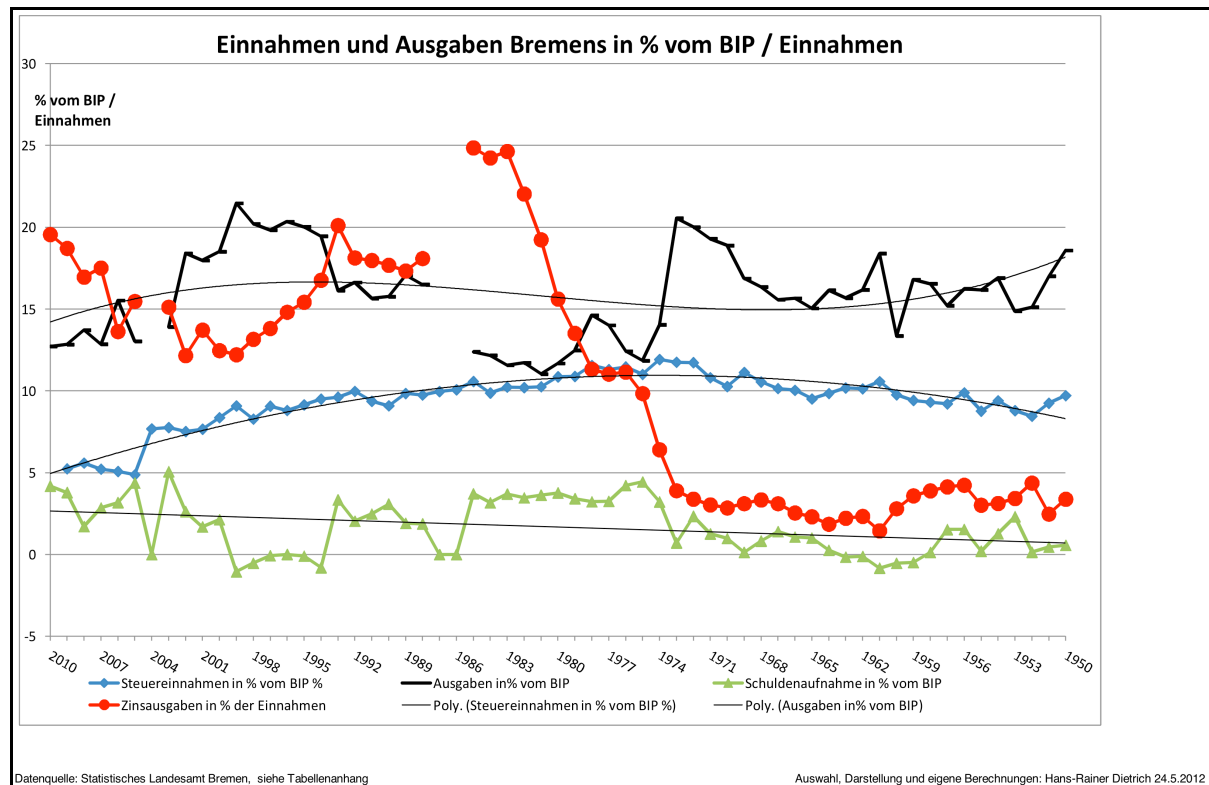


In der Bundesrepublik kommt noch hinzu, dass mit der Zinsabschlagssteuer der Zinsteil der Gewinne für die Reichen deutlich geringer besteuert wird als Arbeitseinkommen im höheren Bereich. Zusätzlich wurde der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer mehrfach gesenkt. Die Vermögenssteuer wurde ganz abgeschafft.

Auch können Wohlhabendere häusliche und handwerkliche Dienstleistungen viel höher von der Steuer absetzen, als diejenigen, die sowieso eher die Dienstleister sind als selber welche in Anspruch zu nehmen.

Maßnahmen, die wirtschaftlichen Überschüsse, die auf die Weltkapitalmärkte geschickt werden, um dort ihr Unwesen zu treiben, dem Wohle der Allgemeinheit wieder zuzuführen, müssten in den einzelnen Wirtschaftszonen außenwirtschaftlich abgesichert werden.

Das folgende Diagramm zeigt, dass auch in Bremen die Steuereinnahmen einen immer kleineren Teil des BIP in Anspruch nehmen:



Sowohl der Bund als auch Bremen entfernen sich immer weiter von den Maßgaben,

- einerseits ihre notwendigen Aufgaben über Steuern zu finanzieren und
- andererseits unsinnige Geldausgaben zur Begünstigung von politischen Freunden und ihrer jeweiligen Klientel zu unterlassen.

Es geht also nicht darum, einer falschen Ausgabenpolitik wieder mit neuen Steuerquellen einen neuen Dreh zu geben. Es geht erst recht nicht darum, die Pseudo-Keynsianische Verschuldungspolitik wieder aufzunehmen.

Nein, die Schuldenbremse im Grundgesetz und in den Landesverfassungen ist richtig (auch wenn sie wahrscheinlich durch die von der Bundesregierung übernommenen Verpflichtungen zugunsten der maroden Banken in verschiedenen Euroländern dann doch nicht eingehalten wird).

Staatsverschuldung ist unsozial, weil sie in der Regel Geld von den Armen zu den Reichen schaufelt – schlimmer noch, per Staatsgewalt den unteren und mittleren Einkommensschichten abnimmt und den Reichen gibt.

In Bremen hören aktuell die Diskussionen über neue Geldausgaben für weitere eitle Projekte nicht auf – auch nicht unter einer grünen Finanzsenatorin und einem grünen Bau- und Umweltsenator. Ebenso nicht die Überlegungen zur Finanzierung mittels dieser für die öffentlichen Hände desaströsen Public Private Partnerschaften (PPP), bei denen es de facto dauernd um die Privatisierung von Gewinnen und die Sozialisierung der Risiken und Verluste geht.

So wird z.B. weiterhin in Richtung Einzelhandelsgroßprojekt in der City Bremens geplant – und öffentliche Einrichtungen wie die Hochgaragen und der Lloydhof sollen dafür abgerissen werden. Die öffentlichen Bediensteten im Lloydhof werden dann sicher wieder als Füllmasse für neue Immobilienprojekte in die Überseestadt verfrachtet werden.

Keinen *öffentlichen* Cent mehr für solche Planungen und Projekte! Wenn ein Investor sich genügend Flächen und Gebäude zusammengekauft hat und Anträge auf Abriss und Bau stellt, dann hat er natürlich das Recht, dass seine Anträge geprüft werden. Mehr an öffentlichem Aufwand aber bitte nicht.

Und weiter:

- Keine Verlegung der Straßenbahn in die Martinistraße.
- In der Überseestadt dürfen Grundstücke an private Investoren nicht unterhalb des Kostpreises von der öffentlichen Hand verkauft werden.
- Die Touristik-Zentrale, die WFB, HVG, BTZ, BIS usw. müssen aufgelöst und deren ganzes im Prinzip korruptes Verhalten eingestellt werden.
- Im Rahmen der kommunalen Absprachen in der Metropolregion und in anderen Gremien wie z.B. dem Kommunalverbund usw. soll darauf hingewirkt werden, dass Grundstücke und Gebäude nicht unter den Gestehungskosten abgegeben werden. Auch Unternehmen müssen Kostpreise zahlen.
- Das Bundesland Bremen soll eine Gesetzesinitiative im Bundesrat starten, dass das nach Europäischem Recht schon existierende Subventions- oder „Beihilfeverbot“ sich auch auf diese indirekte Subventionierung bezieht. Dadurch kann eine Vielzahl von Stellen im quasi öffentlichen Dienst, also diesen öffentlichen Gesellschaften, eingespart werden.

Bremen kann nicht auf beliebig viele Ressourcen zugreifen. Seine Steuerhoheit ist eng begrenzt. Bremen ist kein Feudalstaat, der seine Bürger und andere (z. B. durchreisende Handelstreibende, Besucher, Pendler usw.) beliebig ausplündern kann, und wenn das nicht reicht, sich durch Eingemeindungen neue Ausbeutungsobjekte erobert.

Überhaupt ist es eine verbreitete Unsitte, Bremen als Subjekt, und die Bürger, denen der Staat Bremen eigentlich dienen soll, als Objekte zu betrachten. Letzteres einzig unter dem Blickwinkel, wie viel Einnahmen diese Objekte Bremen bringen und wie viel sie kosten.

Diese fiskalische Sichtweise auf den Bürger ist zutiefst vordemokratisch. Umgekehrt ist zu fragen: Dient der Staat seinen Bürgern und erledigt er die ihm zugewiesenen Aufgaben gerecht, effektiv und im Rahmen der ihm von uns, den Bürgern, zugestandenen Mittel?

Es wäre schön, wenn sich die Piraten-Partei dem Sog des Politbetriebes, „von oben“ von „Bremen“ aus auf die Bürger zu schauen, entziehen könnte.